

# NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

Oktober 2013

www.oekumenisches-netz.de

Liebe Leserinnen und Leser des Netz-  
Telegramms,

seit 2012 überarbeitet das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar das Papier „Das ‚Ganze‘ verändern“. Durch die vielfältige kritische Auseinandersetzung mit globalen, gesellschaftlichen Problemen (Armut, Militarisierung, Rohstoffe etc.) und dem Herausarbeiten des Kerns dieser Ereignisse (d.h. Theoriearbeit) ist klar geworden, dass ein komplexeres Papier entstehen muss und folgende Themen enthalten soll: (Abstrakte) Arbeit, Funktion des Staates, Wert-Abspaltung und psychosoziale Aspekte der Krisenverarbeitung, politische Ökologie, krisenbegleitende Anpassung der Kirchen, Kritik der Aufklärung, (antikapitalistische) Alternativen. Diese Inhalte und die Diskussion darum werden bei den Netzversammlungen der nächsten Jahre diskutiert und spiegeln sich in den Netztelegrammen wider.

Günther Salz von der KAB Trier stellt in seinem Artikel die Geschichte des Zusammenhangs von (Lohn-)Arbeit, Arbeitszwang und Armut detailliert dar. Herbert Böttcher zeigt die Erkenntnisse aus der letzten Netzversammlung auf und erläutert in seinem Artikel, was (abstrakte) Arbeit ist, welche Bedeutung sie in unserer Gesellschaft hat und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Eine gute Lektüre wünscht

*Dominic W*

## Inhalt

Vom Arbeitshaus zu Hartz IV und Ein-Euro-Jobs	1
Menschenwürdige Arbeit und ein Recht auf Arbeit?	8
Termine	12



Annaberger Bergaltar, Hans Hesse 1922

## Vom Arbeitshaus zu Hartz IV und Ein-Euro-Jobs

GÜNTHER SALZ

Zur Geschichte der (Lohn-)Arbeit, der Armut und des Arbeitszwangs

### Zur Vorgeschichte des Arbeitshauses

Mit der beginnenden Verstädterung und der aufkommenden Geldwirtschaft, mit der Erfahrung von Hunger-, Pest- und Konjunkturkrisen, mit Kämpfen zwischen Zünften und Patriziern, mit Erhebungen gegen ungerechte Steuern und Frondienstverpflichtungen begann die Krise der Ständegesellschaft, die nach Reformation und 30jährigem Krieg in den frühkapitalistischen Absolutismus und die Manufakturperiode einmündete. Diese Übergangs- und Krisenzeit war gekennzeichnet vom Verfall des guten Rufs der Armen. Mit der Unterscheidung zwischen ehrbaren (fleißigen) und unehrbaren (faulen) Armen in den Bettelordnungen und der Ausgabe von Bettelzeichen wurde die Ächtung der Armut vorangetrieben. Neben die Gebetspflichten der armen Unterstützten trat immer häufiger und drängender die Arbeitspflicht.

Im Sinne der von der Reformation beförderten neuen Arbeits- und Leistungs-

ideologie des aufstrebenden Bürgertums wurde der Armut nun die Arbeit als Heilmittel entgegen gesetzt. Sie sollte aus der Armut herausführen, nicht mehr Almosen. Hier beginnt der historisch erste Versuch, die Armut von der Arbeit zu trennen, ihren Zusammenhang zu leugnen und glauben zu machen, dass man mit Arbeit die Armut besiegen könne. Was daraus wurde, soll nun geschildert werden.

### Vom Zucht- und Arbeitshaus zur Fabrik

Nach einer Periode der Ausgrenzung und Vertreibung der Armen erfolgte deren Einschließung in den neu entstehenden Zucht- und Arbeitshäusern. Diese wurden zu Allzweckwaffen der Armutsbekämpfung im Frühkapitalismus; sie waren zugleich Pilotenrichtungen der Herstellung von „Industriosität“ (Gewerbefleiß) und Schmiermittel eines neuen manufakturrellen Produktionstyps. Sie waren Vorläufer der Fabrik und – um es



'Please, sir, I want some more.' (Charles Dickens, *Oliver Twist*)

mit einem modernen Begriff zu sagen - „Totale Institutionen“.

Die Neuankömmlinge wurden mit einem „Willkomm“, einer Tracht Prügel, empfangen und mussten sich einem kasernenmäßigen Drill unterwerfen. Verstöße gegen die Hausordnungen wurden mit 25 Stockhieben auf dem Bock geahndet – eine Methode, die später auch in den deutschen Konzentrationslagern häufig angewandt wurde. Prügel, dürftige Kost und Zwangskatechese waren das tägliche Brot der ArbeitshausinsassInnen. Im berühmt-berüchtigten Amsterdamer Arbeitshaus sperrte man Arbeitsverweigerer in ein Verließ ein, in das man nach und nach Wasser einließ. Nur durch ständige Betätigung einer Pumpe konnte sich der „Delinquent“ vor dem Ertrinken retten. Auf diese und andere Weise bläute man den InsassInnen Arbeitsdisziplin und Untertanenhaltung ein. Und so begann die Arbeitsgesellschaft von heute.

Die Arbeitshäuser dienten gleichzeitig der Beschaffung und Disziplinierung von Arbeitskräften, der Förderung der absolutistischen Landesindustrie und der Abschreckung des vagabundierenden Bettelvolks. Die Staatswissenschaftler des Absolutismus erkannten nach und nach die außerordentliche Bedeutung der menschlichen Arbeitskraft für den Nationalreichtum und die Rolle niedriger Löhne auf den entstehenden Weltmärkten.

Die ökonomische Nutzung der ArbeitshausinsassInnen erfolgte vorwiegend in drei Formen: Einmal hatten sie bestimmte Produktionsaufgaben in staatlicher Regie, wie z. B. das Verspinnen von Wolle, Hanf oder Flachs zu erfüllen; zum Zweiten konnten sie einem Inspektor überlassen werden, der Aufträge

von privaten Unternehmern einholte, oder es wurden drittens, ganze Anstalten mitsamt ihren InsassInnen an Unternehmer verpachtet – eine Vorform der Public-Private-Partnership-Modelle unserer Tage. Der arme Pöbel war reines Menschenmaterial für die Zwecke der privaten und staatlichen Unternehmer.

Die Erkenntnis, dass die Arbeitsamkeit der Untertanen im staatlichen Interesse zu fördern sei, kam auch im Preußischen Landrecht

von 1794 zum Ausdruck. Schädlicher Müßiggang, besonders unter den niederen Volksklassen sollten im Staate nicht geduldet werden. So hieß es in § 3: „Diejenigen, die nur aus Trägheit, Liebe zum Müßiggange oder anderen unordentlichen Neigungen die Mittel, sich ihren Unterhalt selbst zu verdienen, nicht anwenden wollen, sollen durch Zwang und Strafen zu nützlichen Arbeiten unter gehöriger Aufsicht angehalten werden“. So landespolizeilich abgesichert, trieb man den Arbeitshäusern ihre Klientel zu.

Im Laufe des Siegeszuges des Liberalismus wurde nach und nach der Übergang von der staatlichen Beherrschung der Arbeitskräfte zur Beherrschung durch „den stummen Zwang ökonomischer Verhältnisse“ (Marx) in Form des „Freien Marktes“ vorbereitet.

In England, welches seit 1769 ökonomisch „unter Dampf“ stand und schon weiter fortgeschritten war, wurde der Übergang von der Staatswirtschaft in die kapitalistische Privatwirtschaft mit Hilfe der neuen Armengesetze von 1834 von unten her abgesichert.

Damit beseitigte man gleichzeitig zwei Traditionslinien: Die alten elisabethanischen Armengesetze aus dem Jahre 1601, wonach die Gemeinden die Pflicht hatten, die Armen

vor dem Verhungern zu schützen und die noch jüngere Tradition der Lohnzuschüsse, die nach Brotpreis und Familiengröße gestaffelt waren. Das war das Speenhamland-System von 1795, welches 1834 sein Ende fand.

Nach Auffinden zahlreicher Missbrauchsfälle durch die „Royal Commission“, eine bis heute beliebte Methode, die Armenhilfe zu kürzen oder zu ändern, wurde das „less-eligibility“-System eingesetzt. Dies besagt, dass die Unterstützung immer geringer sein soll als der niedrigste Lohn für „independent labour“, für freie Arbeit. Zugleich wurde der „workhouse-test“ eingeführt, wobei jeder, der Unterstützung in Anspruch nehmen wollte, ins Arbeitshaus zu gehen und dort zu arbeiten hatte. Beides, das less-eligibility-Prinzip, wie auch der workhouse-Test, hatten den Zweck, die Durchsetzung der Lohnarbeit und den freien Markt zu fördern. Das „less-eligibility-Prinzip“ hat in Form des „Lohnabstandsgebots“ überdauert und der workhouse-test in Form der Arbeitspflicht nach Hartz IV.

Im Rahmen der allgemeinen Bevölkerungsvermehrung seit Mitte des 18. Jahrhunderts hatte in Deutschland die Bevölkerungsgruppe des unterständischen Pöbels überproportional zugenommen.

Dies rief nicht nur – wie heute auch – Klagen über frühes und leichtsinniges Heiraten der Unterständischen hervor, sondern schon 1827 den ärztlichen Rat, die Fortpflanzung für BettlerInnen, ehelose Verarmte, Arbeitsunfähige und Kranke, die von kommunaler Unterstützung lebten und für männliche Diensthofen zu verbieten. Mit dem anglikanischen Pfarrer Robert Malthus lässt hier auch sein moderner Nachfolger Thilo Sarrazin grüßen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts überschritt die heterogene Armutsbevölkerung der Unterständischen, die meist von prekärer Lohnarbeit bei Vollbauern oder zünftigen Hand-



werkern und von der Nutzung der Gemeindegewerben lebten, ihre zahlenmäßigen und soziologischen Grenzen.

Erfasste man diese Entwicklung bis in die 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts als unklares, schwer einschätzbare „Pauperismus-Problem“, so lernte man die Massenarmut der „arbeitenden Klassen“ später als „Soziale Frage“ bzw. als „Arbeiterfrage“ näher kennen. Erst im Zuge der Aufnahme der (insbes. durch die liberalen Reformen in Deutschland) freigesetzten Arbeitskräfte durch die Industrie nach 1850 war der Entwicklungsprozess vom „Pöbel zum Proletariat“ erkennbar.

Für die neu entstehende eigentumslose Klasse war die erwachsene Schwester der Manufaktur und des Arbeitshauses – die Fabrik – reserviert. Sie übertrumpfte ihre Vorläufer um Längen. „Das ‚Haus des Schreckens‘ für Paupers, wovon die Kapitaleseele 1770 noch träumte, erhob sich wenige Jahre später als riesiges ‚Arbeitshaus‘ für die Manufakturarbeiter selbst. Es hieß Fabrik. Und diesmal erblaßte das Ideal vor der Wirklichkeit.“ So beschreibt Marx das, was da kommen sollte, im 1. Band des Kapitals.

Von der elenden Lage der ArbeiterInnen im „Manchester-Kapitalismus“ und im „Nachtwächter-Staat“, die zur absoluten Mehrwertproduktion gezwungen waren, weiß man; auch von der diese Zeit kennzeichnenden mitleidlosen Ideologie des Marktes und seiner „unsichtbaren Hand“. Der sich dagegen langsam entwickelnde Arbeiter-Widerstand mithilfe der Gewerkschaften und Arbeiterparteien seit den 1860er Jahren dürfte ebenfalls bekannt sein.

Weniger bekannt ist, dass durch die Erfolge der Arbeiterbewegung im wilhelminischen Obrigkeitsstaat die bis heute wirkende – aber zunehmend prekär werdende – Trennung von qualifizierten ArbeiterInnen von den unqualifizierten subproletarischen Armen bzw. die Trennung von Versicherung und Fürsorge konstituiert wurde.

### **Die „Arbeiterfrage“ und ihre „Lösung“ durch Teilhabe und Sozialversicherung**

Mit dem Fabrik-, Wohn- und ArbeiterInnenelend im Verein mit der politischen Bewusstwerdung insbesondere der gehobenen Arbeiterklasse, mit den großen Streiks, die einen enormen Blutzoll forderten, und mit den Massenentlassungen in der „Großen Depression“ der 1870er Jahre, trat die Sozia-

le Frage als Arbeiterfrage ins Zentrum der Politik. Aus Armen wurden aus sozialistischer Perspektive Entrechtete und Ausgebeutete, und an die Stelle des passiven Hilfsbedürftigen trat der sich seiner Lage bewusste Arbeiter, der sein Schicksal selbst in die Hand nimmt und zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Kampf zieht.

So entstand aus einer gewissen Sozialistenfurcht, aber auch aus polit-ökonomischen Kalkül die Arbeitersozialversicherung zur Lösung der Sozialen Frage: 1883 trat die Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung und 1889 die Alters- und Invalidenversicherung in Kraft.

Wie in der Praxis der Armenpflege zwischen verschuldeter und unverschuldeter Not, unwürdiger und würdiger Armut, unterschieden wurde, so jetzt zwischen ökonomisch interessanten und eher überflüssigen Arbeitskräften. Auf diese Weise entstand das staatliche Versicherungssystem gegenüber der kommunal bleibenden Armenfürsorge. So begann auch der historisch zweite Versuch, die Arbeit von der Armut zu scheiden.

Mit zunehmender Ausdehnung des Versicherungskreises und Erhöhung des Versicherungsniveaus – parallel mit langsam steigenden Löhnen – wurde die Armut immer weniger als Systemproblem gesehen und der bis vor kurzem herrschende Blick auf sog. „Randgruppen“ präpariert. Zugleich wurde der/die brave fleißige ArbeiterIn dem Staat näher gebracht. Die herrschaftsstrategische Trennung von Versicherung und Fürsorge begann sich in den Individuen und in entsprechenden Institutionen auszudrücken. Damit wurde auch eine bis heute wirkende Differenzierung der ArbeiterInnenklasse begründet bzw. verstärkt. Auf der einen Seite steht der Sozialcharakter des/der auf öffentliche Armenhilfe angewiesenen Faulen, Unerzogenen und Haltlosen; auf der anderen Seite tritt als sein Vexierbild der/die zwangsversicherte, respektable und politisch loyale ArbeiterIn auf.

### **So respektabel wie diese wollte auch die Sozialdemokratie sein.**

Mit den Sub- und Lumpenproletariern wollte man – zumindest von Seiten der traditionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsführer – nicht viel zu tun haben.

Der Wille zum Aufstieg im wilhelminischen Staat und die Angst vor der Armut und der abschreckenden Armenfürsorge – schließ-

lich verlor man als Unterstützter sein Wahlrecht – hatten sich gleichzeitig in die arbeitenden Individuen und ihre Organisationen hineingefressen.

Die Arbeiterbewegung hat sich dem Integrationsdruck nach innen und dem Konkurrenzdruck des Weltmarkts von außen nicht entziehen können. Sie wollte ihre reformistischen „Errungenschaften“ nicht ständig zur Disposition stellen. Aber ihr Versuch, sich des bürgerlichen Staates zu bemächtigen, endete damit, dass sich der Staat der Arbeiterbewegung bemächtigte – die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten am Vorabend des 1. Weltkrieges demonstriert dies nachdrücklich.

### **Weimarer Republik und Nationalsozialismus**

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bzw. in der Weimarer Zeit hatte sich die ökonomische Pilotfunktion des Arbeitshauses überholt. Der lange Prozess von der formellen zur realen Subsumtion unter das Kapital war weit gediehen und der Übergang von der absoluten zur relativen Mehrwertproduktion mit Hilfe von Maschinen in vollem Gange. Die noch bestehenden Arbeitshäuser (die letzten wurden erst in den 1970er Jahren geschlossen) sicherten aber gemeinsam mit der ausgebauten offenen Armenfürsorge das verallgemeinerte Lohnsystem ab.

Erstmals war in der Weimarer Reichsverfassung das „Recht auf Arbeit“ (neben der weiterhin bestehenden Arbeitspflicht) kodifiziert und der 8-Stunden-Tag als Norm eingeführt worden. Auch die Armen durften jetzt wählen. Statt der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte gab es nun Betriebsräte – Ausdruck des Klassenkompromisses nach der gescheiterten deutschen Revolution. Mit der Wohnungs-, Gesundheits- und Jugendfürsorge bildeten sich Umriss eines Wohlfahrtsstaates heraus. 1927 nahm man die Erwerbslosenfürsorge aus der kommunalen Zuständigkeit heraus und gliederte sie in die neue reichsweite Arbeitslosenversicherung ein. Diese übernahm die schon bestehende „produktive Erwerbslosenfürsorge“ sowie die sog. „Krisenfürsorge“, die nach Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde. Diese wurde aber nur nach einer Bedürftigkeitsprüfung gewährt; sie war damit die Vorläuferin jener Hilfeform, die mit Hartz-IV abgeschafft wurde – die Arbeitslosenhilfe.

Die Pflicht zur Arbeit war bereits 1924 in der Reichsfürsorgepflichtverordnung geregelt



worden. Hierdurch konnte die Unterstützung Arbeitsfähiger durch „Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art“ gewährt, aber auch von ihr abhängig gemacht werden. Mit dieser Regelung war die „Hilfe zur Arbeit“ im späteren Sozialhilfegesetz der BRD mit ihren beiden Varianten der Entgelt- und der Mehraufwandsvariante bereits vorgebildet. In der Weimarer Republik hießen die beiden Formen „Fürsorgearbeit“ und „Fürsorgepflichtarbeit“.

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise griffen die Kommunen zumeist zur billigeren Fürsorgepflichtarbeit, bei der (wie heute) kein Arbeitsverhältnis im bürgerlich-rechtlichen Sinne entstand. Eine Verweigerung von Pflichtarbeit führte umstandslos zum Entzug der Unterstützung.

Die Pflichtarbeit war gerade gegen Ende der Weimarer Republik politisch umstritten. Die KPD agitierte oft gegen sie. In Heimbach-Weis im Rheinland z.B. riefen die Kommunisten für den 31. Mai 1932 einen Pflichtarbeiterstreik aus. Einigen Streikbrechern hatte man die Werkzeuge abgenommen, so dass sie von dannen ziehen mussten. Der Streik wurde allerdings durch Streichung der Unterstützung und ein starkes Polizeiaufgebot abgewürgt. Eine solche Opposition gegen Pflichtarbeit scheint heute undenkbar zu sein!

Nach der Machtübertragung an die Nazis 1933 konnten diese bruchlos auf den Weimarer Regelungen aufsetzen. So hat die Fürsorgepflichtarbeit erst im Nationalsozialismus richtig Karriere gemacht. 1934 vermerkt ein Verwaltungsbericht der Stadt Düsseldorf: „Die Pflichtarbeit dient zur Gewöhnung an die Arbeitsdisziplin und schafft gleichzeitig volkswirtschaftliche Werte. Pflichtarbeiter

jeden Alters lernen hier den Grundsatz nationalsozialistischer Wohlfahrtspolitik kennen, dass die Volksgemeinschaft niemanden ohne Gegenleistung unterstützen kann und dass jeder die Pflicht hat, für das allgemeine Wohl tätig zu sein, wenn er dazu in der Lage ist.“ Die Ideologie des Arbeitszwangs und der Gegenleistung feiert heute unter dem Motto von „Fördern und Fordern“ ihr politisches Comeback.

Auch der freiwillige Arbeitsdienst und die gemeinnützige Winterhilfe wurde in den neuen nationalsozialistischen Rahmen eingepasst. Aus dem 1931 eingerichteten Freiwilligen Arbeitsdienst wurde 1935 der Reichsarbeitsdienst als Zwangsdienst. Die Winterhilfe der LIGA der Wohlfahrtsverbände aus dem Winterhalbjahr 1931/32 wurde bereits 1933 durch die nationalsozialistische Winterhilfsaktion gegen „Hunger und Kälte“ verdrängt – natürlich nur für die deutschen VolksgenossInnen. 1936 wurde das WHW zur rechtsfähigen Stiftung, die den LohnarbeiterInnen einen Teil des Lohnes ungefragt abzog und damit riesige Sammelaktionen finanzierte. Schon im Winterhalbjahr 1933/34 waren ca. 1,5 Millionen ehrenamtliche HelferInnen hierfür unterwegs.

Mit ähnlicher Verve ging man gegen die politischen GegnerInnen sowie gegen die schon immer diskriminierten Bevölkerungsgruppen vor, die für die neue nationalsozialistische Volks- und Leistungsgemeinschaft als unnützlich erachtet wurden. Bereits am 18. September 1933 wurde die erste reichsweite Bettelrazzia durchgeführt. Bettler hätten durchweg höhere Einkünfte als Arbeiter, von deutschen Fürsorgeempfängern ganz zu schweigen. Deutschland sei zu arm, um berufsmäßige Bettler, Arbeitsscheue, Trinker

und Betrüger zu unterstützen, hieß es. Man brauche das Geld für die Anständigen und Gesunden. So wurden die Bettler in die Häuser der Arbeits- und Wohnungslosenfürsorge, aber auch in die ersten wilden Konzentrationslager eingesperrt, die oft als Arbeitserziehungslager firmierten.

Auch im Arbeitserziehungslager der DAF (Deutsche Arbeitsfront) bei Hinzert-Pöler, durch das ein öffentlicher Weg führte, fanden die DorfbewohnerInnen nichts dabei, wenn die „Arbeitsscheuen“ und „Bummelanten“ des Westwall-Baus zu ordentlicher Arbeit erzogen wurden. Manche amüsierten sich noch, als die Häftlinge nackt als Frösche um den Feuerlöschteich herum hüpfen mussten.

Die KZ's fungierten später als großes Arbeitskraft-Reservoir für die deutsche Wirtschaft und waren gleichzeitig Stätten der Massenvernichtung. Als Orte des deutschen Arbeitswahns waren sie aber auch spezielle Areale der Vernichtung der politischen GegnerInnen und der Juden durch Arbeit. Gerade den Juden, die ihr Geld und ihren Reichtum angeblich durch unehrliche Arbeit, Geld- und Zinsspekulation oder Schieberei anhäuften,

## Impressum:

### Netz-Telegramm Oktober 2013

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Dominic Kloos, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,  
Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.  
Löhrstr. 51 · 56068 Koblenz  
Tel.: 0261 – 29681691  
e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,  
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse von Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

Oktober 2013

Layout: Elke Wetzig, Köln  
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

URLs der verwendeten Creative-Commons-Lizenzen:  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/>  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>  
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>  
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>  
<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

wollte man die Arbeit mit Hacke und Schaufel oder gar mit der bloßen Hand beibringen.

Die damals „klassischen“ Außenseiter- und Problemgruppen wie BettlerInnen, „Asoziale“, Arbeitslose, sog. „Zigeuner“, behinderte Menschen oder psychisch Kranke wurden auf ihren Wert für den „produktiven Volkskörper“ taxiert und entsprechend behandelt. Sie erwartete meist die Euthanasieanstalten, die „Zigeunerlager“ oder am Ende auch die Konzentrationslager. Für behinderte und kranke Menschen wurden die bestehenden Kranken-Anstalten, die der „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege“ unterstanden, zu Schicksalsorten: Hadamar, Stadtroda oder Grafeneck u.a. stehen für diese Orte.

Bei den Sinti und Roma, den „Zigeunern“, aber auch bei behinderten Menschen, konnte man erstmalig die Biologisierung der Sozialen Frage, die sich schon im 19. Jahrhundert angedeutet hatte, ausprobieren. Rassekundliche Untersuchungen, medizinische Versuche und Sterilisierung waren die Mittel, um die „Minderwertigen“ auszuschalten und die arische Rasse „aufzuarten“, d.h. leistungsfähiger und nach Möglichkeit unbesiegbar zu machen. Die antisemitische Verwertungsgemeinschaft „Deutsches Volk“ integrierte sich durch den Massenmord an den Juden, die zu ewigen Paupern und unheilbaren Parasiten am deutschen produktiven Volkskörper gemacht wurden. Sie reparierte sich durch den rücksichtslosen Raubmord am Leben der gewaltförmig angeeigneten Arbeitskraft von Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und insgesamt mehr als 12 Millionen ZwangsarbeiterInnen aus den besetzten Gebieten.

### **Vom Wirtschaftswunder bis zur Krise des Fordismus**

Auf dieser Grundlage und mit Hilfe der Siegermächte, besonders der USA, begann nach dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg das, was man das „Wirtschaftswunder“ und die „Soziale Marktwirtschaft“ nannte. Es war die Zeit des „Wiederaufbaus“ und der Westintegration, und die Zeit der politischen und ökonomischen Restauration. Die nationalsozialistische „Betriebsgemeinschaft“ zwischen Arbeit und Kapital wurde zur „Sozialpartnerschaft“ derselben umgebaut.

Der Wiederaufbau geriet zwischen den späten 1950er Jahren und den frühen 70er Jahren zum „Goldenen Zeitalter“ des Fordismus mit Arbeitslosenzahlen unter 1%, mit Massenproduktion, steigendem Massenkonsum

und breit verankerten Arbeiter-Massenorganisationen. Mit einer wachsenden Angestellten-Schicht gab man den abhängig beschäftigten Männern und Frauen die vornehmere, jedoch männlich geprägte, Bezeichnung „Arbeitnehmer“. Mit Helmut Schelsky sprach man gerne von einer „nivellierten Mittelschicht-Gesellschaft“. Der Nachkriegs-Fordismus war der historisch dritte Versuch, die Armut von der Arbeit abzutrennen.

Armut wurde von Fürsorgetheoretikern und Armutforschern als „exzentrische und periphere Ausnahmesituation am Rande der Gesellschaft“ betrachtet. 1962, ein Jahr nach dem Mauerbau, trat das Bundessozialhilfegesetz in Kraft für die wenigen Fälle, die durch die Maschen des Sozialversicherungssystems gefallen waren. Die ProletarierInnen von anno dazumal hätten sich zu VollbürgerInnen gemausert. Armut wäre kein Klassenschicksal mehr, sondern persönliche Not. Diese Notstände seien eher seelisch-geistig und sozial, als ökonomisch. Die heile Welt des Wirtschaftswunders und der Sozialen Marktwirtschaft begann allerdings zu bröckeln, als der Fordismus Mitte der 1970er Jahre in die Krise geriet und sich die Arbeitslosenzahlen bis in die frühen 2000er Jahre wie Treppenstufen aufzubauen begannen.

### **Analytischer Exkurs zur Lohnarbeit und Armut**

Mit der Krise des Fordismus und der Prekarisierung der Lohnarbeit ist der Zeitpunkt erreicht, an dem die historische Darstellung mit einigen systematischen Hinweisen zur Lohnarbeit und zur Armut verbunden werden soll, wobei die Marx'sche Kapitalismusanalyse ins Spiel kommt.

Vom Kapitalismus kann man sagen, dass sein Hauptzweck die Vermehrung von Geld als Kapital, also die von Marx so genannte „Plusmacherei“ ist. Um die „Plusmacherei“ zum absoluten Gesetz unserer Zeit zu machen, bedurfte es zunächst der „doppelten Freisetzung“ der kleinen Produzenten von feudaler Abhängigkeit einerseits und von ihren Produktionsmitteln (=Boden, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen etc.) andererseits in der Phase der sog. „ursprünglichen Akkumulation“ in Deutschland und Europa.

Mithilfe von ökonomischem Druck und außerökonomischer Gewalt wurden in diesem mehrere Jahrhunderte währenden Prozess (schwerpunktmäßig vom 16.-19. Jahrhundert), die damaligen Produzenten wie

Bauern und Kleinhandwerker von ihren Produktionsmitteln getrennt, gemeinsame Güter privatisiert und die Freigesetzten polizeilich verfolgt, bis sich die Eigner von Geld und Produktionsmitteln auf der einen Seite, und die mittellosen LohnarbeiterInnen, die nichts besaßen als ihre „proles“ (=Nachkommenschaft) und ihre nackte Arbeitskraft auf der anderen Seite, als zwei gesellschaftliche Großklassen gegenüberstanden. Nur so konnte die menschliche Arbeitskraft zu einer Ware werden, die sich verkaufen muss und die angekauft werden kann; nur so konnte sie zu einem Teil des Kapitals werden.

Nun könnte man einwenden, dass dies alles lange her und überholt sei. Im Gegenteil: Die Vorgeschichte der Armut und der Lohnarbeit dürfen wir nicht übergehen, denn sie ist konstitutiv, d.h. entscheidend und grundlegend, für unsere heutigen Verhältnisse und noch immer wirksam. Die Methoden der „ursprünglichen Akkumulation“ werden auch heute noch z.B. in Form des sog. Landgrabblings praktiziert, womit Kleinbauern oder Nomaden vogelfrei und eigentumslos werden.

Auch bei uns ist diese grundlegende Enteignung bis heute – auch durch die Beteiligung am Konsum oder dem Sozialstaat – nicht überwunden. Noch immer gilt, was Marx im 1. Band des Kapitals feststellt: „Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eignen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter.“ Diese Erkenntnis war aber durch den sozialstaatlich abgesicherten Aufstieg der LohnarbeiterInnen in den Jahren nach dem Krieg und den Mythos der Sozialen Marktwirtschaft verdeckt.

Zwar können sich die heutigen ArbeitnehmerInnen einen Teil des gegenständlichen Reichtums kaufen; aber das ist nur eine Abfindung. Denn Verfügungsgewalt oder gar Eigentum über die Produktionsmittel bzw. den von ihnen selbst produzierten Reichtum haben sie bis heute nicht. Im Gegenteil: Da sie ihre Lebensinteressen nur in Abhängigkeit vom Profitkalkül anderer bzw. vom Prozess der Kapitalverwertung realisieren können, ist ihr Status bis heute von Grund auf prekär.

Marx hatte schon in seinen „Grundrissen“ von 1857 darauf hingewiesen, dass es bereits im Begriff des „freien Arbeiters“ stecke, dass er Pauper sei, virtueller Pauper, immer in der Gefahr „aufs Pflaster geworfen zu werden“,



um dann faktischer Pauper zu sein. Und noch die modernen ArbeitnehmerInnen unserer Tage sind abhängig von der Gunst des Kapitals, ihre Arbeitskraft aufzukaufen. Gerade in Krisen und Zeiten des „shareholder value“ macht sich die „absolute Armut der Lohnarbeit“ als Bettel um Arbeit und Opferbereitschaft der Belegschaften zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze bemerkbar. Hierin kommt auch der historische Kern des Begriffs „prekär“ zum Vorschein, der ursprünglich die Bitte des „Precarios“ um Land und die Erfüllung dieser Bitte aus der Gnade des Grundherren meinte.

Auf der Grundlage der „absoluten Armut der Lohnarbeit“ kann das Kapital sein Geschäft der „Plusmacherei“ betreiben. Das Kapital ist jedoch seinerseits bestimmten Zwängen ausgesetzt, die sich aber verhängnisvoll auf die Arbeit auswirken. Das kommt so: Um in der Marktkonkurrenz zu bestehen, also als Kapitalist zu überleben, muss der in der angekauften Arbeitskraft steckende Mehrwert realisiert, d.h. die hergestellten Waren müssen verkauft werden. Dies begünstigt man, in dem man sie so billig wie möglich anbietet. Der Königsweg zur Verbilligung von Waren ist, die Zeit für ihre Herstellung zu verkürzen bzw. den Aufwand an menschlicher Arbeitszeit zu verkleinern. Hierzu kombiniert man menschliche Arbeitskraft mit Maschinen und erhöht so ihre Produktivität (relative Mehrwertproduktion). Die Kehrseite der Medaille aber ist, dass sich hierdurch im historischen Verlauf der Akkumulation des Kapitals seine „technische bzw. organische Zusammensetzung“ verändert hat: Der konstante Kapitalteil, die angewandten Produktionsmittel, haben auf Kosten des variablen Kapitalteils – der Arbeitskraft – gewaltig zuge-

nommen. Menschen wurden und werden durch Maschinen ersetzt.

Dabei wird unabhängig von demographischen Entwicklungen ein für die Ökonomie überschüssiger Bevölkerungsteil erzeugt. Anders gesagt: Die Arbeitsbevölkerung schafft durch die von ihr selbst besorgte Akkumulation des Kapitals in wachsendem Maße die Mittel ihrer eigenen Überzähligmachung. Je produktiver die Arbeitskraft ist, um so mehr macht sie sich überflüssig. Ist sie unterproduktiv, wird sie als „Minderleister“ entweder wegrationalisiert oder kostenmäßig heruntergestuft. Das erzeugt Arbeitslosigkeit und Armut, aber auch prekäre Arbeit und zusammengekommen eine post-industrielle Reservearmee der Freigesetzten, unter-, halb- und flexibel Beschäftigten und dabei auch unterbezahlten Menschen. In dieser stellen die Frauen die größte Gruppe, deren außerbetriebliche Arbeit im Übrigen als wertlos gilt. Eine solche Reservearmee hat es in sich: Denn sie ist äußerst nützlich, um die Löhne der Beschäftigten zu drücken, die Angst vor Arbeitsplatzverlust zu schüren, die Konkurrenz mit den Arbeitslosen zu verschärfen, besonders aber die Ansprüche der noch Beschäftigten im Zaum zu halten und ihre Leistungs- und Opferbereitschaft zu befördern. Sie war in den Jahren zwischen 2000 und 2005 mit über 5 Millionen Arbeitslosen in der Spitze auch der Hebel für den Staat und das Kapital den neoliberalen Umbau mit Hartz I bis IV durchzusetzen.

### **Vom Wohlfahrts- zum Arbeitszwangs-Staat**

Da die Verwertung des Kapitals Brüche, Widersprüche, Klassen- und Geschlechter-

konflikte, aber auch Krisen produziert, bedarf es einer von diesem Geschäft abgesonderten, ausgleichenden und ordnenden Instanz. Diese Instanz ist der Staat.

Der Staat ist zur Erhaltung seiner Existenz und seiner Handlungsspielräume auf das Funktionieren der Kapitalakkumulation angewiesen, besitzt also nur eine relative Autonomie. Dieses Verhältnis auf Gegenseitigkeit gerät dann in Turbulenzen, wenn der Motor der Kapitalakkumulation ins Stottern oder gar Stocken gerät. Und dies ist seit den 1970er Jahren der Fall.

Die Produktivität der fordistischen, auf Massenproduktion und Massenkonsum zielenden, Fließbandproduktion erlahmte. Die Profitraten sanken. Dies führte sowohl zur Flexibilisierung, Digitalisierung und Verwissenschaftlichung der Produktion als auch zu einem Wechsel vom (teuren, nationalen) keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum (schlanken, international agierenden) neoliberalen Wettbewerbsstaat und den ihn prägenden „Finanzkapitalismus“.

Wenn die Profitraten fallen, ist Alarm im Hause des Kapitals. Dann macht das Kapital Druck: Und so stellte der Staat bessere Verwertungsmöglichkeiten wie diese zur Verfügung: Steuererleichterungen und Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte, Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten, neue Märkte auf der ganzen Welt und die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Man machte das Kapital freier und die Arbeit billiger, um die Verwertungskrise zu lösen.

Hierbei musste auch der als Ersatz für die historische Enteignung entstandene und erkämpfte Sozialstaat als soziales Eigentum der ArbeitnehmerInnen geschleift, d.h. billiger und kapitaldienlicher gemacht werden. Trotz permanenter ökonomisch verursachter Abschaffung von Arbeit wurde das Prinzip der „Arbeit um jeden Preis“ und der Grundsatz „Keine Leistung ohne Gegenleistung“, das sog. „Workfare“ statt des vormaligen „Welfare“, in das Gesellschaftsleben und die Gesetze eingebaut. Das beschönigende Kürzel für dieses Programm heißt „Fördern und Fordern“. Und damit gelang eine grandiose Umdeutung ausschließender Kapitalverhältnisse in Fehlverhalten von Individuen.

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe auf dem Niveau des letzteren und der Schaffung eines breiten Sektors von Elendsarbeit, mit Mini-, Midi- und 1-Euro-

Jobs, mit Leih- und Kurzarbeit, mit der Deregulierung des Arbeitsrechts, mit verschärften Mitwirkungspflichten und Sanktionen und einem umfassenden Arbeitszwang, wurde Armut per Gesetz eingeführt. Die Schaffung von 1-Euro-Jobs, die wie in der Weimarer Zeit außerhalb des kollektiven Arbeitsrechts stehen, wurde dabei u.a. vom Deutschen Caritasverband betrieben. Das Ergebnis der ganzen Operation war, dass potentiell (also ohne die mickrigen Sozialtransfers) 26-30% der Bevölkerung einkommensarm gewesen wären. Zugleich müssen bis heute fast 1,5 Millionen „AufstockerInnen“, die arm sind trotz Arbeit, vom Staat subventioniert werden – was eine Belohnung des kleinen und großen Kapitals für ihr Lohndumping darstellt.

Bei dieser Art von Politik geht es selbstredend nicht bloß um die Armen, sondern wesentlich auch um die abhängig Beschäftigten. Denn mit Hartz I bis IV wurden die Stützpfeiler unter dem Tarifgebäude weggezogen, so dass es heute als halbe Ruine vor uns liegt und man teilweise wieder zur absoluten Mehrwertproduktion zurückkehren konnte. Deshalb werden auch die Regelsätze nicht spürbar angehoben, denn sonst entstünde ja Druck von unten zur Erhöhung der Löhne und Einführung eines armutsfesten Mindestlohnes. Deshalb werden auch die Tafeln politisch gehätschelt, denn so lange diese da sind, entlasten sie die unzureichenden, armseligen Regelsätze. So hat alles seine elende Ordnung.

Aber es ist noch mehr als das: In der heutigen „Armut trotz Arbeit“, im sog. „working poor“, kommt die prekäre Verfassung der Lohnarbeit und in der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auch die alte Verwandtschaft von Armut und Arbeit wieder zum Vorschein. So wird die sozialversicherungsrechtliche Trennung zwischen Arbeit und Armut obsolet. Das sozialstaatliche (und sozialdemokratische) Versprechen des späten 19. Jahrhunderts, mittels Arbeit und Sozialversicherung der Armut zu entfliehen, wurde zurückgenommen: Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe zerschnitten die „ArbeitervertreterInnen“ die Nabelschnur zur Arbeitslosenversicherung und deklassierten die Betroffenen zu Paupern. Damit sind auch die leichtfertigen Hoffnungen auf immerwährende Prosperität aus der goldenen Zeit des Fordismus zerstoßen.

Der dritte Versuch in der Geschichte von Arbeit und Armut, diese beiden Strukturmomente voneinander zu trennen, ist wie-



Foto: Bettenburg, CC-BY-SA 2.0

der einmal und möglicherweise für immer gescheitert. Mit dem autoritären Arbeitsstaat kehrten auch die repressiv-paternalistischen Formen der Armenhilfe des 18. und 19. Jahrhunderts mit Wucht zurück, in denen es wie beschrieben auch schon Leih- und Pflichtarbeit, Kombilohn und Arbeitstest und natürlich auch die Armenspeisung gab.

Aber der Staat geht noch weiter: Wer seinen autoritären Ansprüchen auf Aktivierung und Gegenleistung durch Arbeit zu jedem Preis – und wenn es sein muss auch zu sittenwidrigen Löhnen – nicht gehorcht oder ihnen nicht entsprechen kann, wird mit Hilfe der Sanktionen nach § 31 SGB II weit unter das sozio-kulturelle Existenzminimum gedrückt. Bei wiederholten „Pflichtverletzungen“ entfällt (seit Mai 2011) das Arbeitslosengeld II vollständig – einschließlich der Kosten der Unterkunft bei Unter-25-jährigen. Die Arbeitsagenturen können dann Sachleistungen gewähren; ein Anspruch darauf besteht (inzwischen) nur bei Leistungsberechtigten mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Hier wird die ganze böse Konsequenz des staatlichen Arbeits- und Aktivierungszwangs und der Parole der Hartz IV-Parteien, wonach jede Arbeit besser als keine sei, überdeutlich: Die Menschen fallen in extreme Armut und flüchten in Kleinkriminalität oder in die manchmal auch erbärmlichen sozialen Netzwerke der Familien und Freunde. Sind auch diese nicht vorhanden, ist die physische Exis-

tenz bedroht, der Tod per Gesetz ist demnach einkalkuliert. Dies hat der Fall des Speyerer Arbeitslosen Sascha K. gezeigt, der als psychisch Kranker seinen Mitwirkungspflichten nicht nachkommen konnte und hungerte.

### Schlussbemerkung

Arbeit um jeden Preis, das ist die Parole des Workfare-Staates und des dahinter stehenden Kapitals. Mit 1-Euro-Jobs und anderen Niedriglohnbeschäftigungen geht es um die Kapitalisierung der überflüssig Gemachten und um das Prinzip der „Herrschaft durch Arbeit“ und zwar innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit. Hinter der Dauer-Aktivierung verbirgt sich die Vorstellung von ununterbrochener Produktivität und Verwertung. Arbeiten ohne Ende und Grenze, lebenslanges Lernen, permanente Bereitschaft, soziale und räumliche Bindungen aufzugeben und sog. Chancen zu nutzen. Hinter diesem permanenten Bewegungsdruck lugt das Amsterdamer Arbeitshaus mit seiner Pumpstation für hartnäckige Faule ebenso hervor wie gut 400 Jahre später die maßlose und selbstzweckhafte Kapitalakkumulation.

*Der Text des ausführlichen Referats von Günther Salz zur Geschichte der (Lohn)-Arbeit inkl. Literatur- und Quellennachweise findet sich auf der Webseite des Ökumenischen Netzes: [www.oekumenisches-netz.de](http://www.oekumenisches-netz.de)*

# Menschenwürdige Arbeit und ein Recht auf Arbeit?

HERBERT BÖTTCHER

**„Abstrakte Arbeit“ und Menschenwürde sind nicht zu versöhnen**

„Arbeit und Menschenwürde sind zwei Begriffe, die zusammen gedacht werden müssen, um eine humane Gestaltung des Wirtschaftens zu erreichen.“<sup>1</sup> Dies schrieb Michael Schäfers, Referent beim Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB). Auf dieser Grundlage lassen sich zwei Forderungen ‚plausibel‘ machen: Im Blick auf Menschen in einem Beschäftigungsverhältnis die Forderung nach menschenwürdiger Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und im Blick auf die Beschäftigungslosen die Forderung nach Arbeit. In diesem Horizont führt dann der Weg von der Pflicht zur Arbeit zum Recht auf Arbeit.

Dem Alltagsverstand erscheint dies durchaus einsichtig. Er reagiert auf das, was ihm auf der Ebene der Erscheinungen unmittelbar begegnet. Und da ist doch offensichtlich: Menschen haben nur über Geld Zugang zu dem, was sie zum Leben brauchen. Und Geld verdient man durch Arbeit. Und wenn dies noch unter menschenwürdigen Bedingungen vor sich gehen kann, ist die Welt in Ordnung.

Mehr oder weniger große Zweifel können sich dem Alltagsbewusstsein jedoch angesichts einer nüchternen betriebswirtschaftlichen Kalkulation kommen: Sind ‚wir‘ denn unter der Voraussetzung einer menschenwürdigen Arbeit für alle noch ‚konkurrenzfähig‘? Und wenn nicht? Und schon steht die menschenwürdige Arbeit und mit ihr die Menschenwürde unter Finanzierungsverbot. Angesichts der Weltmarktkonkurrenz und zu geringen Wachstums erscheint sie nicht finanzierbar. Welch Wunder, dass die politischen Parteien noch nicht auf die Idee gekommen sind, Artikel 1 des Grundgesetzes entsprechend zu ändern! Jedenfalls stehen diejenigen, die menschenwürdige Arbeit fordern, unter Beweislast: Sie müssen deutlich machen, dass sie auch finanzierbar, d.h.

mit Wertschöpfung und Wachstum vereinbar ist und Deutschlands Exportfähigkeit nicht gefährdet. Immerhin ist doch die auch in der Krise relativ stabile wirtschaftliche Lage Ergebnis von Deutschlands Konkurrenzfähigkeit beim Export von Waren. Und die wiederum ist erkaufte um den Preis wachsender prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Menschenwürdige Arbeit und ein Recht auf Arbeit würde die soziale Lage von in Erwerbsarbeit Beschäftigten und ‚Arbeitslosen‘ nur noch schlimmer machen. Sie scheidet an der Konkurrenzfähigkeit und muss sich auf Zeiten besserer Wertschöpfung bzw. besseren Wachstums vertragen lassen. Zum Teufel dann eben mit der Menschenwürde!

## Arbeit im Kapitalismus...

Die Unvereinbarkeit von Menschenwürde und ‚abstrakter Arbeit‘, die dem Alltagsverstand verborgen bleibt, kann aber durch eine theoretische Reflexion erkannt werden, in der die Ebene der Erscheinung mit der Frage nach dem Wesen der Sache bzw. nach der Form in Verbindung gebracht wird. Arbeit ist eben weder die konkrete Arbeit, die Menschen verrichten, noch Arbeit ‚an sich‘ als eine Art transhistorische, ‚ewige‘ Bedingung des Menschseins. Arbeit ist auf ihre Rolle für die Konstitution kapitalistischer Gesellschaft hin zu befragen. Damit kommt der besondere Charakter der Arbeit im Kapitalismus in den Blick. Und dieses Besondere ist ihr Doppelcharakter als konkrete und abstrakte

Arbeit. Wer arbeitet, verrichtet eine konkrete Tätigkeit, mit der eine Ware hergestellt wird, die zu gebrauchen ist, also einen Gebrauchswert darstellt. Aber genau darauf kommt es im Kapitalismus nicht an. Produziert wird eben nicht für den Bedarf, sondern für den Tausch. Und dafür ist der Inhalt, das Besondere der Ware, egal. Entscheidend ist, dass sie Träger von Wert, von Tauschwert ist, der in einem zufälligen Gebrauchswert dargestellt ist. Ob Brot, Krankenhausbetten oder Kanonen produziert werden, ist inhaltlich-stofflich belanglos. Entscheidend ist, ob der in den Produkten dargestellte Wert sich wieder in Geld zurückverwandeln lässt. Ob dies möglich ist, hängt an der Kaufkraft, aber nicht an menschlichen Bedürfnissen. Wer hungrig ist und das Bedürfnis hat, satt zu werden, aber über keine Kaufkraft verfügt, bleibt hungrig. Waren, die sich nicht in Geld zurückverwandeln lassen, sind schlicht wertlos, weil der in ihnen dargestellte Wert im Tausch auf dem Markt nicht realisiert werden kann. Kapitalismus ist eine real-abstrakte Veranstaltung. In ihr werden Gebrauchswerte nur produziert, weil sie Träger von etwas Abstraktem, von Tauschwert, sind. Dem Doppelcharakter der Ware als Gebrauchs- und als Tauschwert entspricht der Doppelcharakter der Arbeit als konkrete und abstrakte Arbeit. Ebenso wenig wie auf den Gebrauchswert der Ware kommt es bei der Arbeit auf die konkrete Arbeit an. Wie bei der Ware wird auch bei der Arbeit von ihrer Besonderheit, d.h. von ihrer konkreten Inhaltlichkeit, abstrahiert. Es ist gleichgültig, welche Arbeit getan wird. Entscheidend ist, dass in ihr abstrakte Arbeit verausgabt wird, die sich in einer Ware als (Mehr-)Wert vergegenständlicht. Genau dies bleibt dem Alltagsverstand verborgen, wenn er seine Erkenntnis positivistisch auf das beschränkt, was er sehen, messen, wie-



DGB-Kundgebung "Deutschland in Schieflage" Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit am 13. Nov. 2010 in Stuttgart auf dem Schloßplatz

<sup>1</sup> Michael Schäfers, Von der Pflicht zum Recht auf Arbeit. Erinnerung an ein Stück katholische Kirchengeschichte als Herausforderung zur Entwicklung einer ‚Tätigkeitsgesellschaft‘, in: Wissenschaftliche Arbeitsstelle des Oswald von Nell-Breuning-Hauses (Hg.), Arbeit und Menschenwürde. Standpunkte Kontexte Perspektiven, Bornheim 1996, 177-189, 177.

gen etc. kann, also gleichsam ‚nur glaubt, was er sieht‘.

Der Alltagsverstand ist auf theoretische Reflexion angewiesen, wenn er die Real-Abstraktion erkennen will, die den Kapitalismus prägt. Der Kapitalismus ist eine abstrakte Veranstaltung, weil er von der konkret-besonderen Inhaltlichkeit – der Ware, der Arbeit, des Reichtums – abstrahiert und diese Abstraktion real die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt. Dies kann nicht positivistisch konkret, sondern nur in einer theoretischen Reflexion erkannt werden, in der die Erscheinungen mit dem Wesen des Kapitalismus in Verbindung gebracht werden. Dann wird auch erkennbar, dass ‚abstrakte Arbeit‘ die Substanz des Werts und damit des gesamten Verwertungsprozesses ist: Geld wird investiert, um durch die Verausgabung abstrakter Arbeit in der Produktion von Waren (Mehr-)Wert zu vergegenständlichen. Im Tauschvorgang auf dem Markt wird der Wert der Ware realisiert, d.h. in Geld zurück verwandelt. Ein Teil davon wird in einer endlosen Kette und aufgrund des durch die Konkurrenz erzwungenen Produktivitätsfortschritts auf immer höherer Stufenleiter wieder neu in den Verwertungsprozess eingespeist. Dieser dient einem irrationalen Selbstzweck, nämlich der Verwertung von etwas Abstraktem und Inhaltsleerem, dem Wert um seiner selbst willen. Die Grundlage des Werts ist die abstrakte Arbeit, die sich in Waren sowie im Geld als abstraktestem Ausdruck des Werts darstellt. Abstrakte Arbeit ist die Substanz des Werts und seines Verwandlungsprozesses.

Dieser Verwandlungsprozess – auf der Grundlage der abstrakten Arbeit als Substanz des Werts – konstituiert gesellschaftliche Verhältnisse. Sie gründen nicht wie im Feudalismus auf personal verankerten Abhängigkeitsverhältnissen (Herr-Knecht), sondern in dem Zwang, abstrakte Arbeit für die Produktion von Wert und Mehr-Wert zu verausgaben. An die Stelle einer personal vermittelten Herrschaft tritt abstrakte Herrschaft. Sie ist nicht in der Willkür von ‚Herren‘ begründet, sondern in der Sache und den damit verbundenen ‚sachlichen‘ Notwendigkeiten. Insofern begründet der Verwertungsprozess eine abstrakte Herrschaft auf der Grundlage der Abstraktion von Arbeit, Wert und Geld. Dieser Sachzusammenhang ist als abstrakte Herrschaft dem Handeln der Einzelnen vorgegeben – ob ArbeiterIn oder Kapitalist, ob wirtschaftlich (homo oeconomicus) oder politisch handelndem Subjekt (homo politicus). Dieser Zusammenhang

kann nicht einfach durch einen anderen ökonomischen Willen (z.B. zu gerechtem Lohn) oder zu politischer Regulierung (Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft) übersprungen werden. Ökonomische und politische Spielräume gibt es nur innerhalb der Grenzen, die der Verwertungsprozess als Ausdruck abstrakter Herrschaft setzt.

### **... und die Abspaltung der reproduktiven Tätigkeiten**

Abstrakte Arbeit hat eine stumme Voraussetzung, die stumm bleibt, wenn der Wert und die mit ihm verbundene abstrakte Arbeit allein als Bestimmung des Wesens des Kapitalismus angesehen werden. Im männlich konnotierten Wert gehen all die Tätigkeiten nicht auf, die im reproduktiven Bereich zu verrichten sind und weiblich konnotiert sind. Es müssen Kinder versorgt und begleitet, häusliche Tätigkeiten verrichtet, Kranke und Alte gepflegt und umsorgt werden. All diese Tätigkeiten sind von der männlich konnotierten abstrakten Arbeit und dem Verwertungsprozess abgespalten und bilden doch die stumme, d.h. nicht reflektierte, Voraussetzung der kapitalistischen Vergesellschaftung. Ihr Wesen ist deshalb nicht allein durch den Wert, sondern nur durch Wert und Abspaltung als gleichursprüngliche Bestimmungen zu erfassen. Abstrakte Arbeit kann nur dann Wert produzieren, wenn der Bereich der Reproduktion vorausgesetzt werden kann.

### **Entwicklung und Krise des Kapitalismus**

Abstrakte Arbeit als Substanz des Kapitals und Basis abstrakter Herrschaft ist keine statische Größe, sondern befindet sich in einem ständigen Prozess, in dem sie sich neu strukturiert. Dabei bleibt sie zwar ihrem Wesen treu, aber ändert ihre Erscheinungsweisen. Das Wesen des Kapitalismus ist eben nicht statisch, sondern dynamisch. Seine Erscheinung ändert sich je nach Entwicklungsstand des Kapitalismus. Er wird – vermittelt über die Konkurrenz der einzelnen Unternehmen – vorangetrieben durch die Suche nach immer neuen, d.h. vor allem immer produktiveren Verwertungsmöglichkeiten von Kapital. Genau darin aber stößt er auf eine innere logische Schranke, die in dem Zwang begründet liegt, abstrakte Arbeit als Substanz des Werts zu verausgaben und gleichzeitig durch den von der Konkurrenz erzwungenen



Produktivitätsfortschritt mittels neuer technologischer Innovationen zu ersetzen. Wenn Letzteres nicht mehr kompensiert werden kann – z.B. durch neue Absatzmöglichkeiten (über die Verbilligung der Produktion und Erschließung neuer Märkte) –, stößt die mit dem Kapitalismus verbundene logische Schranke (der Zwang Arbeit als Substanz des Werts zu entsorgen) auch historisch an eine Grenze, die nicht mehr zu überspringen ist. Mit der mikroelektronischen Revolution scheint diese Grenze historisch erreicht. Genau dies macht den Kern der aktuellen Krise des Kapitalismus aus. Er muss Arbeits-substanz entsorgen, ohne ihren Verlust durch Ausweitung der Produktion und die Eroberung neuer Märkte kompensieren zu können. Zudem ist der Zwang zu permanentem Produktivitätsfortschritt mit einem immer höheren Verbrauch an natürlichen Ressourcen sowie der Zerstörung der Lebensgrundlagen verbunden, so dass die innere logische Schranke sich mit den natürlichen Grenzen des dem Kapitalismus innewohnenden Wachstumswangs verbindet.

### **Krise der abstrakten Arbeit und ihrer Subjekte**

Die Krise des Kapitalismus ist im Kern eine Krise der abstrakten Arbeit als Substanz der gesamten kapitalistischen Veranstaltung. Die Objektivität des Verwertungs-zusammenhangs funktioniert – wie Marx formuliert hat – als „automatisches Subjekt“. Gemeint ist ein objektiver Automatismus, der aber nur über mit Bewusstsein ausgestattete HandlungsträgerInnen (Subjekte) hindurch funktioniert. Subjekte sind also die HandlungsträgerInnen abstrakter Arbeit. Damit sind sie gerade nicht autonom im Denken, Wollen und Handeln, sondern eingebunden in die Objektivität des Verwertungsprozesses und der mit ihm verbundenen abstrakten Herrschaft. Aus dieser Vorgegebenheit können sie nicht einfach herauspringen und ihrer Einsicht und ihrem Willen nach handeln. Dies

würde mit Entzug von Arbeit und Geld als ‚Lebensgrundlage‘ bestraft. Zudem haben sie sich die Binnenrationalität des irrationalen Selbstzwecks der Verwertung des Werts durch Verausgabung abstrakter Arbeit inzwischen so ‚zu eigen‘ gemacht, dass sie den Zwang der Verhältnisse als natürlich, selbstverständlich und alternativlos akzeptieren.

Auf dieser Grundlage hat die Arbeiterbewegung über Forderungen nach gerechtem Lohn und politischer Gleichstellung nach Emanzipation in den Formen des Verwertungszusammenhangs gesucht. Und selbst die Forderung nach Unterwerfung des Kapitals unter die Arbeit bleibt an die Voraussetzung abstrakter Arbeit gebunden, ohne zu sehen, dass Arbeit und Kapital aufeinander bezogene Pole sind, die beide zur Disposition gestellt werden müssen. Ähnliches gilt für das Zusammendenken von Arbeit und Menschenwürde. Die damit verbundenen Forderungen nach menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen und die gegen Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit gerichtete Forderung nach einem Recht auf Arbeit hat Arbeit und mit ihr die in ihr zugrunde gelegten Fetischverhältnisse immer schon vorausgesetzt. Auch Versuche, das hierarchische Geschlechterverhältnis zu überwinden, greifen oft zu kurz. Emanzipation in der Form abstrakter Arbeit ist noch keine Befreiung. Zudem wird oft übersehen, dass sich auch in der Arbeit die Disparitäten des Geschlechterverhältnisses noch einmal reproduzieren, insofern Jobs für Frauen in der Regel schlech-

ter bezahlt und weniger sicher sind – und für die Sphäre der Reproduktion bleiben Frauen trotz ihrer ‚Integration‘ in abstrakte Arbeit dennoch zuständig.

Dadurch, dass der Kapitalismus mit der mikroelektronischen Revolution auch historisch auf die innere Schranke des Verwertungsprozesses stößt, erreicht er die Grenze seiner Entwicklungsmöglichkeiten. Diese Grenze findet ihren Ausdruck u.a. im Zwang, Arbeit zu verbilligen und durch Technologie zu ersetzen, um in der Konkurrenz mithalten zu können. Damit schwinden sowohl Spielräume für Lohnforderungen als auch für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Und auch der Bereich der Reproduktion als stumme Voraussetzung der abstrakten Arbeit bricht ein, weil seine Finanzierung von der einbrechenden Wertschöpfung abhängig ist. So sind Kitas, Krankenhäuser, Altenheime etc. mit den sattsam bekannten Sparzwängen konfrontiert, mit denen die ‚Würde des Menschen‘ unter Finanzierungsvorbehalt gestellt wird. Und auch in der Krise spiegelt sich das hierarchische Geschlechterverhältnis noch einmal wider, insofern Frauen nun als Krisenverwalterinnen gefragt sind – sogar in den Leitungsetagen von Wirtschaft und Politik und natürlich noch mehr in der Bewältigung des oft elenden Alltags. ‚Trümmerfrauen‘ sollen wie in der Nachkriegszeit Aufbauarbeit leisten. Aber angesichts der Grenzen, auf die der Verwertungsprozess stößt, ist nichts mehr aufzubauen. Vielmehr wird es zum Schicksal von immer mehr Frau-

en weltweit, die Krise auf Elendsniveau zu ‚managen‘.

Die Krise des Kapitalismus muss nun von Menschen verarbeitet werden, die mit den Fetischverhältnissen von Wert und Abspaltung nahezu verschmolzen sind. Im Leben der Menschen erscheint die Krise im Schicksal, ohne Arbeit ‚wertlos‘ und so gesellschaftlich überflüssig zu sein oder gar eine gesellschaftliche Belastung darzustellen. Menschen, die ‚überflüssig‘ sind, werden gesellschaftlich ausgegrenzt, insofern sie aufgrund fehlender Ressourcen vom gesellschaftlichen Leben, von Gesundheit und Bildung etc. ausgeschlossen sind. Und dennoch bleiben sie in die Arbeitsgesellschaft eingeschlossen (‚einschließende Ausschließung‘), insofern sie sich ganz in Hartz IV-Manier in steter Arbeitsbereitschaft halten müssen – bei Strafe des Entzugs selbst der materiellen Mindestansprüche. Und Arbeitsbereitschaft impliziert die Bereitschaft, jeden auch noch so schlecht bezahlten und ungesicherten Job anzunehmen und in der Konkurrenz mit anderen ‚allzeit bereit‘ für den Fall zu sein, dass die Verwertung der Arbeitskraft doch irgendwo gefragt sein sollte.

Ohne Reflexion der mit Erfahrungen von Demütigungen verbundenen Krise auf den objektiven Zusammenhang mit der Krise abstrakter Arbeit liegt die Versuchung nahe, die Krise ‚konkret‘ und unmittelbar, d.h. durch Projektion auf benennbare ‚Schuldige‘ zu verarbeiten. Dann stürzen diejenigen die ehrbare Arbeitsgesellschaft in die Krise, die nicht arbeiten und sich so der zur Standortgemeinschaft mutierten Volksgemeinschaft entziehen. Dabei kann auf strukturell antisemitische und antiziganistische ‚Verarbeitungsmuster‘ zurück gegriffen werden: auf die Verfügung über Geld und Macht – denn ‚Geld regiert die Welt‘ –, ohne dass ‚ehrliche‘ Arbeit seine Grundlage ist. Der Bogen kann von den ohne Arbeit Geld akkumulierenden Bankern bis hin zu ‚den Juden‘ als den ‚Geldmonstern schlechthin‘ reichen. ‚Schuld‘ am Elend können aber auch diejenigen sein, die leben wollen, ohne zu arbeiten. Die Palette reicht von den faulen ‚Hartz-IV‘-EmpfängerInnen über Flüchtlinge, die ‚bei uns‘ versorgt werden wollen, bis hin zu ZigeunerInnen, die bereits in der Durchsetzungsgeschichte des Kapitalismus für ein ‚Leben ohne Arbeit‘ standen.

### **Wachsende Repression**

Mit der Krise nimmt zugleich die Repression des staatlichen Souveräns zu. Sie zeigt



Foto: Blogotron, CC-o via Wikimedia Commons

sich in der repressiven Hartz-IV-Gesetzgebung und -verwaltung, in Kriegen zur Absicherung der zerbrechenden Funktionsfähigkeit des Kapitalismus, in den Maßnahmen gegen Flüchtlinge, die mit aller Macht von den Grenzen ferngehalten, in Lagern festgehalten oder in Elend und sicheren Tod abgeschoben werden. Mit diesen Handlungen, die gegenüber Flüchtlingen Formen des Ausnahmezustandes annehmen, verliert die staatliche Gewalt zunehmend ihre demokratische Contenance, die sie sich in der Hochphase der kapitalistischen Entwicklung leisten konnte. In der Verfallsgeschichte kehrt die Politik offensichtlich zu den brutalen Maßnahmen zurück, die schon die Durchsetzungsgeschichte des Kapitalismus ermöglicht und begleitet haben. Die zur Geburt des Kapitalismus gehörenden Feuerwaffen lassen ebenso grüßen wie die Armen- und Arbeitshäuser in der Durchsetzungsgeschichte des Kapitalismus (s. Text von Günther Salz in dieser Ausgabe des Netz-Telegramms).

Und dennoch ist die Situation auch anders. Angesichts der logischen und historischen Grenzen des Verwertungsprozesses, dürften auch Billiglohn, massenhafte prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Zwangsarbeit scheitern, weil sie keine Grundlage in der Verausgabung abstrakter Arbeit und einem funktionierenden Verwertungsprozess haben. Angesichts dieser Situation werden selbst die sozialen Repressionen, die eine einschließende Ausschließung gewährleisten wollen, als Maßnahmen einer Übergangsphase erkennbar. Mit dem einbrechenden Wertschöpfungsprozess werden auch der sich über die Wertschöpfung finanzierenden staatlichen Souveränität die Grundlagen entzogen. Sogar staatliche Repression und Kriege stehen vor den Grenzen der Finanzierbarkeit. So zeichnet sich eine immer ausweglosere Situation ab:

„Die ‚Überflüssigen‘ müssen dann entweder jeder Reproduktionsmöglichkeit ihres Lebens ins Nichts entlassen werden wie im größten Teil der Peripherie, wo diese Transformation mit der galoppierenden Auflösung der Souveränität und der Herausbildung plünderungsökonomischer Strukturen und anomischer Gewalt einhergeht. Oder sie müssen dort, wo die Souveränität noch fester gefügt ist wie in den westlichen Zentren

(hauptsächlich aufgrund deren Refinanzierungsmöglichkeit durch den Finanzblasen-Kapitalismus, der allerdings auch schon auf dem letzten Loch pfeift) auf Dauer in Gefängnissen, Internierungslagern, KZ-ähnlichen Einrichtungen weggesperrt werden – ganz wie die ‚Illegalen‘ und Flüchtlinge.“<sup>2</sup>

### **Und wo bleiben die Alternativen?**

Die Aussichten auf die Zukunft machen Angst. Und die unserer Gesellschaft noch drohende Zukunft ist in großen Teilen der Welt bereits Wirklichkeit. Unmittelbare Handlungsstrategien müssen versagen. Forderungen nach dem Zusammendenken von Arbeit und Menschenwürde erweisen sich als höchst illusionär. Im Zerfall der abstrakten Arbeit bricht die Basis solcher Illusionen endgültig zusammen. Zugleich wird deutlich, dass die Arbeitsgesellschaft, die alles dem irrationalen Selbstzweck der Verwertung des Werts und damit dem abstrakten Reichtum unterwirft, der sich in Geld ausdrückt, des Menschen unwürdig ist. Dann aber kann es weder um menschenwürdige Arbeit noch um gerechte Verteilung der Arbeit und schon gar nicht auf ein Recht auf Arbeit (szwang) gehen. Vielmehr stellt sich die Frage nach der Befreiung von der Arbeit und der mit ihr verbundenen Fetischformen. Deshalb ist die Anstrengung der Reflexion das Gebot der Stunde, die Erkenntnis und Kritik der Kategorien, in denen sich der Kapitalismus real-abstrakt darstellt. Nur wer durch solche Kritik hindurch geht, hat Chancen, nach Alternativen zu einer Gesellschaft zu suchen, deren Zusammenhang durch abstrakte Arbeit, durch Wert und Abspaltung gebildet wird. Zu fragen wäre primär nach einer anderen gesellschaftlichen Synthesis – jenseits von Markt und Staat, von abstrakter Arbeit und Geld, von Wert und Abspaltung. Es wäre eine Synthesis, ein gesamtgesellschaftlicher Zusammenhang, in der menschliche Bedürfnisse und die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens Zweck von Produktion und Reproduktion wären, statt dass sie dem abstrakten und irrationalen Selbstzweck der Verwertung des Werts geopfert werden. Solche Alternativen sind nicht über idealtypisch ausgedachte Modelle, die dann ‚umgesetzt‘ werden, zu gewinnen, sondern müssen in einem gesellschaftlichen Prozess gesucht werden, der durch soziale Gegenbewegungen initiiert und vorangetrieben wird.

Dabei ist es durchaus sinnvoll, sich mit Forderungen und Aktionen in aktuelle Auseinandersetzungen einzumischen. Sie dürfen



jedoch an den immanenten Grenzen nicht Halt machen. Es gibt menschliche Bedürfnisse, deren Erfüllung schlicht nicht verhandelbar ist. Darüber, dass Menschen satt werden müssen, einen Lohn erhalten müssen, von dem sie ihr Leben reproduzieren können, nicht in Armut und Elend abgeschoben werden dürfen, wären solche Forderungen, die durchaus in kapitalistisch immanenten Kämpfen auszufechten wären. Entscheidend ist jedoch, auf diesen Forderungen auch dann zu bestehen, wenn sie immanent nicht erfüllbar sind, als illusionär, nicht politikfähig erscheinen. Ihre Erfüllung ist aus sich heraus notwendig und kann nicht unter die Voraussetzung gestellt werden, dass sie unter den herrschenden betriebswirtschaftlichen Bedingungen auch realisierbar ist, der ‚Wirtschaft‘ und dem ‚Aufschwung‘ nicht schadet etc. In solche Fallen begeben sich ja Gewerkschaften häufig, wenn sie nachweisen wollen, dass höhere Löhne die Kaufkraft fördern und so die Wirtschaft ‚ankurbeln‘. Und wenn das nicht so ist oder andere das Gegenteil behaupten, beginnt der Argumentationsnotstand und die faktischen Eingeständnisse, dass nur das ‚zu haben‘ ist, was mit dem System von Wert und Abspaltung, mit der Form von abstrakter Arbeit und abstraktem Reichtum, der sich in Geld ausdrücken lassen muss, vereinbar ist. Wenn solche Forderungen jedoch als unverhandelbar gesetzt sind, können sie systemsprenge Kraft entwickeln, machen sie doch deutlich, dass die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse für alle im Kapitalismus nicht zu verwirklichen ist. Das spricht aber nicht gegen den Inhalt der Forderungen, sondern gegen ein System, das sich auf einem abstrakten und leeren Selbstzweck aufbaut, der über Leichen geht.

<sup>2</sup> Robert Kurz, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003, 357.

## Oktober

13.10., 9.30 Uhr, Neuwied (Kirche und Pfarrzentrum St. Matthias)

### „Den globalen Markt steuern – Keine Spekulationen mit Lebensmitteln!“

Familiengottesdienst in der St. Matthiaskirche, Gemeindetreff, „Weltnotwerkessen“ und Vortrag mit Diskussion, Infos: [www.kab-trier.de](http://www.kab-trier.de)

19.10., Herdorf-Dermbach (Dorfgemeinschaftshaus),

### „Made in China“

Bericht über den China-Besuch des AK Rheinland-Pfalz – Fujian „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards“, Infos: [www.kab-trier.de](http://www.kab-trier.de).

22.10., 19.30 Uhr, Koblenz (Café Atempause/Christuskirche)

### Sozialforum zum Thema „Kapitalismus macht krank“

Vortrag und Diskussion mit Doris Petras und Dr. Burkhard Wiebel.

Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 4)

## November

16.11., 9.30-16.30 Uhr, Koblenz (Superintendentur, Mainzer Straße 81)

### Netzversammlung zum Thema „Der ideale Gesamtkapitalist – Die Rolle des Staates heute“

Anschließend Mitgliederversammlung.

Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 4)

16.11., Emmelshausen

### „Den Glauben zur Sprache bringen“

Theologisches Tagesseminar „Im Tod ist leben“,

Infos: [www.kab-trier.de](http://www.kab-trier.de).

17.11., 16.30 Uhr, Koblenz (KHG, Rheinau 12)

### Gottesdienst des Netzes

und anschließendes Beisammensein. Alle Mitglieder und SympathisantInnen sind herzlich eingeladen!

Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 4)

24.11., 11 Uhr, Koblenz (St. Franziskus, KO-Goldgrube)

### Gedenkfeier

für verstorbene Suchtkranke und andere Verstorbene.

26.11., 19.30 Uhr, Koblenz (Café Atempause/Christuskirche)

### Sozialforum zum Thema „Brauner Terror (NSU)“

Vortrag und Diskussion. Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 4)

30.11., Trier (Robert-Schumann-Haus)

### „Die Bibel mit anderen Augen lesen – Der leidende Mensch und der leidende Gott – Warum können sie nicht voneinander lassen?“

Tagesseminar mit Dr. Kuno Füssel und Ruth Marein de Bueno, Infos: [www.kab-infos.de](http://www.kab-infos.de)

## Dezember

6.-7.12., Bonn,

### „Vielfachkrise. Der Kampf um den Euro – die Krise der Arbeit – die Konkurrenz ums Land“

Tagung des AK processus confessionis mit Vorträgen und Workshops von Dr. Tomasz Konicz (Publizist/Polen), Dr. Sabine Ferenschild (Institut SÜDWIND/Siegburg) und Dr. Boniface Mabanza (KASA/Heidelberg). Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 4).

10.12., 19.30 Uhr, Koblenz (Café Atempause/Christuskirche)

### Sozialforum zum Thema „Was bedeutet Imperialismus heute? Abschied von einem alten Konzept!?“

Vortrag und Diskussion mit dem Publizisten Dr. Tomasz Konicz. Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 4)

## 2014

## März

23.3., 17 Uhr, Koblenz

### „Winterreise“

Dekanat Koblenz, Caritasverband Koblenz und zwei Vereine, die sich für Obdachlose Menschen einsetzen – „Die Schachtel e.V.“ und „Der Steg e.V.“ – laden zur „Koblenzer Winterreise“ ein. Das Kunstprojekt will vor allem für das Leid obdachloser Menschen sensibilisieren, eine politische Debatte über Armut und deren erschreckende Folgen anregen und sich stark machen für das bedingungslose Recht auf Teilhabe und Obdach eines jeden Menschen. Mehr Informationen zum Projekt unter [www.deutsche-winterreise.de](http://www.deutsche-winterreise.de). Zusätzlich zur Aufführung wird es in Koblenz Begleitveranstaltungen in der Woche davor und danach geben, die zu Systemanalyse und kritischer Auseinandersetzung einladen.

## April

30.4.-4.5.2014, Mainz

### Ökumenische Versammlung. „Leben statt Zerstörung – Die Zukunft, die wir meinen“

Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 4) und unter [www.oev2014.de](http://www.oev2014.de)

## Oekumenische Versammlung

Mainz 30.04.–04.05.2014

„Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“

Gerechtigkeit · Frieden · Bewahrung der Schöpfung

